

Wohnraum fördern

WÄDENSWIL Die Stadt Wädenswil beschäftigt sich einmal mehr mit der Frage, wie sie bezahlbaren Wohnraum fördern soll. Die Sachkommission bringt einen Gegenvorschlag zur SP-Initiative in die Diskussion ein.

Die SP Wädenswil hat letztes Jahr die Volksinitiative «Wohnen für alle» eingereicht. Mit dieser wollen die Initianten die Stadt als Wohn- und Gewerbestadt positionieren, die breiten Bevölkerungsschichten ein erschwingliches Zuhause bietet. Sie fordern von der Stadt Massnahmen, welche eine soziale Durchmischung in allen Quartieren sowie ökologische Häuser gewährleisten. Die Stadt würde verpflichtet, dafür zu sorgen, dass 20 Prozent aller Wohnungen dem Prinzip von kostendeckenden Mieten verpflichtet sind, also nicht gewinnbringend vermietet werden.

Klausel zu starr

Die Initiative geht dem Stadtrat zu weit. Er empfiehlt sie zur Ablehnung, ohne ihr einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Stadtrat beruft sich auf seine eigene Wohnraumstrategie. Er will einerseits gemeinnützigen Wohnbauträgern attraktive Rahmenbedingungen bieten und andererseits selber punktuell mit gezielten Massnahmen gegen die Verknappung vorgehen.

Für die Sachkommission seien die Argumente des Stadtrates mehrheitlich nachvollziehbar, teilt sie mit. Ihr gehe insbesondere die 20-Prozent-Klausel der Initiative zu weit. Das Thema bezahlbarer Wohnraum sei ihr aber wichtig, nicht zuletzt, weil es die Bevölkerung im Raum Zürichsee beschäftige. Sie wolle den Stimmbürgern deshalb eine moderatere Alternative zur Initiative vorschlagen.

Genossenschaften fördern

Inhaltlich orientiere sich der Gegenvorschlag am Konzept des Stadtrates, heisst es im Kommissionsbericht. Der Gegenvorschlag konzentrierte sich auf die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Die Stadt soll die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern suchen. Fristen oder Vorgaben enthält der Gegenvorschlag nicht. Es lassen sich keine Ansprüche ableiten.

Die Mehrheit der Sachkommission beantragt dem Gemeinderat, die SP-Initiative anzulehnen und ihr den Gegenvorschlag der Sachkommission gegenüberzustellen. Einer Kommissionsminderheit geht der Gegenvorschlag zu wenig weit. Sie unterstützt nur die SP-Volksinitiative. Eine andere Minderheit stellt sich hinter die städtischen Anträge. Als Nächstes kommt das Geschäft zur Beratung in den Gemeinderat.